

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Klaus Lederer (LINKE)

vom 29. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 2. Februar 2026)

zum Thema:

Städtepartnerschaft mit Budapest lebendig gestalten – praktische Solidarität mit den ungarischen Queers und Oberbürgermeister Gergely Karácsony

und **Antwort** vom 18. Februar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Februar 2026)

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
- Senatskanzlei –

Herrn Abgeordneten Dr. Klaus Lederer (Die Linke)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/25063
vom 29.1.2026

über Städtepartnerschaft mit Budapest lebendig gestalten – praktische Solidarität mit den ungarischen Queers und Oberbürgermeister Gergely Karácsony

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass der Bürgermeister unserer Berliner Partnerstadt Budapest, Gergely Karácsony, Ende Januar 2026 von der Staatsanwaltschaft Budapest dafür angeklagt worden ist, dass er – demokratischen Verfassungen und europäischem Recht entsprechend – am 28. Juni 2025 die Durchführung der Pride Parade in Budapest als politische Demonstration ermöglicht und diese auch angeführt hat?
2. Was hat der Senat seit Juni 2025 konkret unternommen, um sich öffentlich, klar und auf höchster Ebene mit der queeren Community und den Betroffenen in Ungarn zu solidarisieren und die Politik Viktor Orbáns, die Rechte und Existenzbedingungen für queere Menschen sowie das Demonstrationsrecht drastisch einschränkt, scharf zu verurteilen? (Bitte einzeln auflisten!)
3. Was hat der Senat seit Juni 2025 konkret unternommen, um die queere Community und Menschenrechtsverteidiger*innen in Ungarn und Budapest, nicht zuletzt Stadtoberhaupt Gergely Karácsony, im Rahmen der Städtepartnerschaft substanziell zu unterstützen? (Bitte einzeln auflisten!) Sieht der Senat diesbezüglich nach der jüngsten Anklageerhebung gegen den Bürgermeister Budapest weiteren und größeren Handlungsbedarf? Wenn nein: Warum nicht?

4. Was hat der Senat seit Juni 2025 konkret unternommen, um für die „Regenbogenhauptstadt“ öffentlich und wahrnehmbar praktische Solidarität zu zeigen, etwa durch kritische Überprüfung offizieller Kontakte zu Institutionen oder Stellen, die von der ungarischen Regierung kontrolliert werden oder durch Interventionen zugunsten von Menschenrechten, um dem Eindruck entgegenzutreten, dass der Senat die Repression Orbáns für legitim hält? (Bitte einzeln auflisten!)

Zu 1. - 4: Die Fragen 1 bis 4 werden gemeinsam beantwortet. Der Berliner Senat beobachtet die beschriebenen Entwicklungen in Ungarn mit großer Sorge und begrüßt das Engagement des Bürgermeisters von Berlins Partnerstadt Budapest, Gergely Karácsony. Der Regierende Bürgermeister hat sowohl 2025 als auch 2026 dem Budapester Bürgermeister Gergely Karácsony in einem Schreiben seine Solidarität ausgedrückt, ihm seine Unterstützung angeboten und ihn und eine Delegation zum CSD nach Berlin eingeladen. Budapest und Berlin arbeiten seit einigen Jahren im Pakt der Freien Städte zusammen, der sich für Demokratie, Vielfalt und freie Gesellschaften einsetzt. Der Senat wird die Entwicklungen in Budapest weiterhin genau verfolgen und Handlungsoptionen prüfen.

5. Was hat der Senat bislang unternommen bzw. was plant er, um sich – angesichts der repressiven Lage in Ungarn – auf die bevorstehende Pride-Season 2026 dahingehend vorzubereiten, dass gegebenenfalls eine hochrangige Delegation der „Regenbogenhauptstadt Berlin“ an der Budapest-Pride mit einem Beobachtungs- und Solidaritätsbesuch teilnimmt?

Zu 5.: Der Senat von Berlin begrüßt Unterstützungsinitiativen für die bevorstehende Pride Season 2026 in Budapest.

6. Plant der Senat, eine Delegation von queeren Aktiven und Menschenrechtsverteidiger*innen sowie Oberbürgermeister Gergely Karácsony – als Ausdruck der Solidarität der Regierung der „Regenbogenhauptstadt Berlin“ mit ihnen und als Rückenstärkung – zum Berliner CSD 2026 einzuladen?

Zu 6.: Siehe Antwort zu den Fragen 1 bis 4.

7. Was hat der Senat seit Juni 2025 konkret unternommen, um auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene auf politischen und wirtschaftlichen Druck gegenüber der ungarischen Regierung durch Konditionierung von EU-Mitteln, die Prüfung von Sanktionen und Unterstützung von Vertragsverletzungsverfahren und zur Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zu erhöhen? Was hat der Senat seit Juni 2025 im Übrigen konkret unternommen oder was plant der Senat, um gefährdete queere Aktive, Künstler*innen und Wissenschaftler*innen aus Budapest zu unterstützen und die Städtepartnerschaft insgesamt auf Solidarität mit all denjenigen auszurichten, die Menschenrechte, Demokratie und auch queere Rechte verteidigen? (Bitte jeweils einzeln auflisten!)

Zu 7.: Der Senat von Berlin unterstützt den Konditionalitätsmechanismus für Rechtsstaatlichkeit auf EU-Ebene und hat in diesem Zusammenhang auch über den Bundesrat anlässlich der Berichterstattung der EU-Kommission über die Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union die Notwendigkeit, die Rechtsstaatlichkeit als Grundpfeiler der Europäischen Rechtsgemeinschaft und als wesentlichen Baustein einer offenen Demokratie zu stärken, unterstrichen (vgl. BR-Drs. 405/24). Darüber hinaus setzt sich der schon erwähnte Pakt der Freien Städte, in dem Berlin Mitglied ist, u.a. für eine fallweise Direktvergabe von EU-Mitteln an Städte und Kommunen ein.

Mit dem Programm für Wirtschaftsfreiheit und kulturelle Freiheit der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt sollen professionelle Kunst-, Medien- und Kulturschaffende, die ihre bisherigen Aufenthaltsländer verlassen müssen oder wollen, unterstützt werden, eine berufliche Perspektive in der Kunst- und Kulturszene Berlins zu finden. Dieses Programm steht auch queeren Künstlerinnen und Künstlern aus Budapest offen. Das Förderprogramm wird jährlich ausgeschrieben. Es beinhaltet das Fellow-Programm „Weltoffenes Berlin“ sowie das Extended Fellowship-Programm.

Berlin, den 18. Februar 2026

Der Regierende Bürgermeister
In Vertretung

Florian Graf
Chef der Senatskanzlei